

Vattenfall

Die **Vattenfall GmbH** ist die deutsche Tochtergesellschaft des schwedischen Energieunternehmens Vattenfall AB. Vattenfall ist nach [E.ON](#), [RWE](#) und [EnBW](#) das viertgrößte deutsche Energieversorgungsunternehmen.

Vattenfall GmbH



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Energieversorger
Gründungsdatum	2002
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.vattenfall.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	1
1.1 Braunkohle-Lobbyist im Bundestag	1
1.2 Auftragsstudien	2
1.3 Astroturf	2
1.4 PR-Kampagne	2
2 Fallbeispiele und Kritik	3
2.1 Lobbyisten in Ministerien	3
3 Kurzdarstellung und Geschichte	3
4 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	3
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
6 Einelnachweise	4

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Braunkohle-Lobbyist im Bundestag

Nach Informationen der Zeitung "Die Welt" geht folgender Satz im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD auf [Ulrich Freese](#) zurück: *"Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar."* Ulrich Freese war langjähriger Gewerkschaftsfunktionär, ist Mitglied des Aufsichtsrates bei Vattenfall und seit 2013 Mitglied des Bundestages für die [SPD](#). Für seine Wahlkampfkasse erhielt Freese Spenden in Höhe von 86.546 Euro. Zumindest ein Teil der Summe lässt sich laut eines Berichts im "Spiegel" auf ehemalige oder aktuelle Führungskräfte von Vattenfall zurückführen. [\[1\]](#)

Vattenfall baut in in der Lausitz/Brandenburg in großem Stil Braunkohle ab. Knapp 33.500 Arbeitsplätze hängen dort nach Angaben des Unternehmens von der Braunkohlenindustrie ab. Der Koalitionsvertrag stellt so sicher, dass die Bundesregierung in der Energiepolitik weiterhin auf die billige Braunkohle setzt. [\[2\]](#)

Auftragsstudien

Vattenfall beauftragte das privatwirtschaftliche Forschungs- und Beratungsinstitut [Prognos AG](#) mit zwei Studien über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Braunkohletagebaus in den neuen Bundesländern. Die erste Studie wurde im Dezember 2005 unter dem Titel *Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland* veröffentlicht und kommt zu dem Ergebnis, dass „[c]a. 23.600 Arbeitsplätze [...] durch die ostdeutsche Braunkohleindustrie gesichert“^[3] werden. Zu dieser Zahl kommt Prognos, indem zu den direkt in der Braunkohleindustrie beschäftigten Arbeitnehmern auch „indirekte“ Beschäftigte bei Zulieferbetrieben (in sogenannten „Vorleistungssektoren“) gerechnet werden sowie sogenannte „induzierte“ Arbeitsplätze, welche durch Konsumausgaben der ersten beiden Gruppen entstehen. In der im September 2011 unter dem Titel *Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland* erschienenen Folgestudie heißt es:

„Insgesamt hängen in Ostdeutschland rund 33.500 Arbeitsplätze von der Braunkohleindustrie ab.“^[4] Vergleicht man die Angaben aus den beiden Prognos-Studien, so ist bei den direkt Beschäftigten einen Anstieg um 9,8% von 10.182 im Jahr 2005 auf 11.179 im Jahr 2011 festzustellen. In den sogenannten Vorleistungssektoren stieg die Zahl der „indirekt“ Beschäftigten innerhalb von nur sechs Jahren angeblich sogar um über 58% (von 10.600 auf 16.790). Und die Zahl der induzierten Arbeitsplätze verdoppelte sich fast von 2275 auf 5535, obwohl beide Studien von Konsumausgaben in Höhe von ca. 260 Millionen Euro ausgehen. Auch wenn die in den Auftragsstudien genannten Zahlen kaum nachvollziehbar sind, werden sie in Publikationen der Braunkohlelobby häufig als Argument für die wirtschaftliche Notwendigkeit des Braunkohletagebaus genannt.

Astroturf

Vattenfall fördert finanziell den Verein [Pro Lausitzer Braunkohle](#),^[5] in dessen Vorstand mit Marco Bayer auch ein direkter Vertreter von Vattenfall sitzt.^[6] Der Verein präsentiert sich als unabhängige Bürgerinitiative, die sich für eine Erweiterung des Tagesbaus stark macht. *Pro Lausitzer Braunkohle* betreibt eine eigene Geschäftsstelle im Cottbusser *Haus der Wirtschaft*, aus der auch die Kampagne „[Meine Stimme fürs Revier](#)“ organisiert wurde. Die Aktionen der Kampagne umfassten eine Plakataktion vor der Greenpeace-Zentrale in Hamburg und kostspielige Großkundgebungen im Vorfeld von politischen Sitzungen zum Thema Braunkohle. Die finanziellen Ressourcen, die hinter einer solchen Kampagne stecken, können die zahlreichen Bürgerinitiativen, die sich gegen den Braunkohletagebau aussprechen, bei Weitem nicht auftreiben.

PR-Kampagne

Im Vorfeld einer wichtigen Abstimmung im Braunkohleausschuss des Landes Brandenburg am 28. April 2014 startete Vattenfall eine Anzeigenkampagne unter dem Motto „[Was wichtig ist](#)“. Die verschiedenen Anzeigemotive, in denen Menschen aus der Lausitz für den Braunkohletagebau werben, erschienen erstmals im November 2013 in verschiedenen Lausitzer Zeitungen und auf ca. 160 Großaufstellern in der Region. Vattenfall versuchte mit dieser Kampagne, eine breite Öffentlichkeit von der Notwendigkeit des Braunkohletagebaus zu überzeugen.

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Das Bergbauunternehmen **Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG)** fusionierte 2002 mit den Hamburgische Electricitäts-Werken (HEW) unter Federführung des schwedischen Konzerns Vattenfall AB zu Vattenfall Mining AG. Aus der LAUBAG wird die Vattenfall Mining AG. Die LAUBAG hatte einen Lobbyisten im Wirtschaftsministerium.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[7]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.

Kurzdarstellung und Geschichte

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die Vattenfall GmbH hat mehrere 100%-ige Tochtergesellschaften, darunter:

- Stromnetz Berlin GmbH
- Vattenfall Europe Mining AG
- Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH

Quelle: ^[8]

Aufsichtsrat der Vattenfall

Europe Mining AG

Tuomo Hatakka (Vorsitzender)

Vorsitzender der Geschäftsführung der Vattenfall GmbH

- seit 2013 Mitglied des Bundestages

Ulrich Freese (Stellv. Vorsitzender)

- SP • 2003-2013 Stellv. Vorsitzender der Industriegewerkschaft
D **Bergbau, Chemie, Energie** (IG BCE)
• Vattenfall GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats

Burkhard Dreher (neutr. MG)

SP 1994-1999 Wirtschaftsminister von Brandenburg
D

- bis 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments

Rolf Linkohr

- SP • Intergroup **European Energy Forum** (EEF), Ehrenvorsitzender^[9]
D • **Kerntechnische Gesellschaft**, Ehrenmitglied^[9]

Martina Gregor-Ness

SP Mitglied des Landtages Brandenburg, Umweltpolitische Sprecherin
D der SPD-Fraktion

Aufsichtsrat der Vattenfall

Europe Mining AG

Reinhardt Schultz

SP
D bis 2009 Mitglied des Bundestages

Weitere Mitglieder:

Petra Adolph, Catrin Jung-Draschil, Steffen Erbe, Kurt Häge, Ralf Hermwapelhorst, Christian Hülsmeier, Alexander Krauß, Klaus-Dieter Licht, Joachim Lubitz, Torsten Meyer, Silke Rudolf, Rainer Schulze, Rüdiger Siebers, Peter Smink, Uwe Teubner

(Stand: April 2014) Quelle: [\[8\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Auffällige Spenden im Bundestagswahlkampf des Vattenfall-Aufsichtsrats Ulrich Freese, Spiegel online vom 22. Juni 2014, Webseite abgerufen am 9. 9. 2014
2. ↑ Wie die Braunkohle-Lobby der SPD am Koalitionsvertrag mitschrieb welt.de vom 12.12.2013, abgerufen am 23.04.2014
3. ↑ Datei:Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland 2005.pdf, S. 1.
4. ↑ Datei:Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland 2011.pdf, S. 27.
5. ↑ DER SPIEGEL 44/2013, abgerufen am 14.05.2014.
6. ↑ <http://www.energieregion-lausitz.de/de/wirtschaft-wirtschaftspartner-vattenfall.html> abgerufen am 14.05.2014.
7. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
8. ↑ ^{8,08,1} Beteiligungsverhältnisse des deutschen Vattenfall-Konzerns Webseite Vattenfall, abgerufen am 23.04.2014
9. ↑ ^{9,09,1} Lebenslauf Dr. Rolf Linkohr Private Webseite, abgerufen am 23.04.2014